



Rudolf Henke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Rudolf Henke, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Frau

Elfriede Winand

Caritasverband für das Bistum Aachen e.V.

Bereich Facharbeit und Sozialpolitik

Postfach 10 05 52

52005 Aachen

Nur per Email: ewinand@caritas-ac.de

Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Wilhelm Str. 60

Raum 3.12

Telefon 030 227 – 77775

Fax 030 227 – 70007

E-Mail:

rudolf.henke@bundestag.de

Wahlkreis

Kasinostraße 70

52066 Aachen

Telefon 0241 6088888

Fax 0241 6088889

E-Mail:

rudolf.henke@wk.bundestag.de

Berlin, 15. Dezember 2009

Sehr geehrte Frau Winand,

herzlichen Dank für die Übermittlung des Offenen Briefes des Vorstands der Diözesanarbeitsgemeinschaft Integration durch Arbeit (DiAG IDA) der Caritas im Bistum Aachen, den ich mit Interesse gelesen habe.

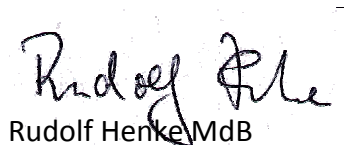
Dem Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt“ zwischen CDU, CSU und FDP ist zur Neuorganisation der Verwaltungsstrukturen folgendes zu entnehmen:

„Die Koalition will die Aufgabenwahrnehmung und Finanzierung für Langzeitarbeitslose im Sinne der Menschen neu ordnen. Wir streben eine verfassungsfeste Lösung ohne Änderung des Grundgesetzes und ohne Änderung der Finanzbeziehungen an, die dazu beiträgt, dass Langzeitarbeitslosigkeit vermieden bzw. so schnell wie möglich überwunden wird. Dabei gilt es, die Kompetenz und Erfahrung der Länder und der Kommunen vor Ort sowie der Bundesagentur für Arbeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung für die Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen zu nutzen. Die bestehenden Optionskommunen sollen diese Aufgabe unbefristet wahrnehmen können. Dabei muss kommunalen Neugliederungen Rechnung getragen werden können. Die Bundesagentur für Arbeit erhält die Aufgabe, den Kommunen attraktive Angebote zur freiwilligen Zusammenarbeit zu unterbreiten. Dazu wird das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung einen „Mustervertrag“ ausarbeiten, der die Zusammenarbeit regelt und die kommunale Selbstverwaltung achtet. Unser Ziel ist eine bürgerfreundliche Verwaltung, die unnötige Doppelarbeit vermeidet.“

Um sowohl die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts als auch die Ziele des Koalitionsvertrages umzusetzen, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) am 3. Dezember 2009 ein Eckpunktepapier zur Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II vorgelegt. Gemeinsam mit den Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die im fachlich zuständigen Ausschuss für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestages tätig sind, erörtere ich derzeit das Eckpunktepapier des BMAS. Mir ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass eine Struktur geschaffen wird, die gleichzeitig den betroffenen Frauen und Männern eine möglichst gute Betreuung sichert, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anständige Arbeitsbedingungen gewährleistet und die in unserer Region gut funktionierenden Organisationseinheiten auf ein verfassungsrechtlich stabiles Fundament stellt.

Gerne mache ich Ihnen das Angebot, das Gesetzgebungsverfahren in den nächsten Wochen gemeinsam zu begleiten und uns konstruktiv auszutauschen.

Mit freundlichen Grüßen



Rudolf Henke MdB